I-11-096

Dringlichkeitsantrag: In Zeiten fossiler Inflation: sozialen Zusammenhalt sichern, Wirtschaft stärken

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

48. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Bonn, 14. - 16. Oktober 2022

Antragsteller*in:	KV Friedrichshain-Kreuzberg
Beschlussdatum:	11.10.2022

Änderungsantrag zu I-11

Von Zeile 96 bis 103:
Außerdem werden wir Maßnahmen ergreifen, um auch den Gaspreis zu senken. ~~Es ist gut, dass die Expertenkommission, die sich mit den Möglichkeiten einer Preisdämpfung befasst, ihre Arbeit aufgenommen hat.~~ Auch ~~beim Gas~~bei den Energiekosten braucht es einen ~~Preisdeckel~~Kostendeckel für den Grundbedarf. Das würde dafür sorgen, dass der Grundverbrauch bezahlbar bleibt – für die Bürger*innen genauso wie für die Unternehmen im Land. Der Vorschlag der Expert*innenkommission ist nicht sozial gerecht und unsolidarisch gegenüber unseren europäischen Nachbar*innen. Wir müssen europäisch solidarisch, sozial gerecht, die Transformation beschleunigend und effektiv handeln. Wir haben physisch weniger Gas zu Verfügung und dürfen nicht durch einen nationalen Subventionswettbewerb den Gaspreis weiter hochtreiben und dadurch europäische Steuergelder an die Gasförderländer zahlen. Einen strukturellen Mangel müssen wir mit Einsparung und solidarischer Verteilung effektiv bewirtschaften. Dabei dürfen wir nicht den Anreiz verringern in CO2-freie Alternativen zum heutigen Erdgasbedarf zu investieren. Gleichzeitig müssen wir die Lasten fair verteilen. Denn neben der kurzfristigen Entlastung von Menschen, Gewerben und Industrie, brauchen wir ähnlich hohe Summen zur beschleunigten CO2-freien Transformation unserer Wirtschaft.
Außerdem können wir nicht mehr jeden Einkaufspreis akzeptieren. Eine geschlossen auftretende EU sollte ihr starkes Marktgewicht gegenüber Gas-exportierenden Ländern und auf den globalen Spotmärkten für Flüssiggas einsetzen, indem sie Instrumente wie einen Price Cap für den Import von Gas prüft.